

Potenzial und Paradox der Wissenschaftsdiplomatie

Für die Wissenschaftsdiplomatie gibt es keine anerkannte Definition. Das Konzept versucht, zwei entgegen-gesetzten Geboten gerecht zu werden: der Lösung gemeinsamer Herausforderungen und der Förderung nationaler Interessen. Diese Spannung ist nicht lösbar. Aus diesem Grund ist und bleibt die Wissenschaftsdiplomatie ein umstrittenes und dynamisches Konzept.

Von Leo Eigner

In den letzten zwei Jahrzehnten entstand mit der «Wissenschaftsdiplomatie» ein neues politisches Konzept, das Wissenschaft und Technologie (W+T) und internationale Beziehungen (IB) vereint. Staaten wie die USA, das Vereinigte Königreich, Japan oder die Schweiz, sowie wissenschaftliche Einrichtungen wie die *American Association for the Advancement of Science* (AAAS) greifen bei der Gestaltung der Politik auf dieses Konzept zurück. Inzwischen haben BefürworterInnen und Praktizierende die Erklärung zur Wissenschaftsdiplomatie von Madrid (2019) und Wien (2021) unterzeichnet. Think Tanks und Hochschuleinrichtungen bieten zudem Lehrveranstaltungen über die Wissenschaftsdiplomatie an, die sich zu einer eigenständigen Teildisziplin entwickelt hat.

Trotz dieses steigenden Interesses gibt es keine anerkannte Definition der Wissenschaftsdiplomatie. Allgemein handelt es sich um den Versuch, die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik, hauptsächlich auf internationaler Ebene, zu verstehen. Genauer gesagt bezieht sich die Wissenschaftsdiplomatie auf verschiedene Praktiken, die W+T zu nutzen, zu erschliessen oder zu instrumentalisieren, um politische Ziele voranzutreiben. Dies umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, wie die Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die Einbeziehung wissenschaftlicher Beratung in die



Die Besatzungsmitglieder der ISS Andrew Morgan (NASA), Alexander Skvortsov (Roscosmos) und Luca Parmitano (Europäische Weltraumorganisation) in Russland im Juni 2019. Evgenia Novozhenina / Reuters

Politik oder die Stärkung von Forschung und Entwicklung. Sie vereint auch unterschiedliche Akteure, darunter Staaten, wissenschaftliche Institutionen, NGOs, Unternehmen und ForscherInnen. Die vielfältigen Aktivitäten, die diese Akteure mit dem Begriff verbinden, prägen deren Bedeutung, sodass die «Wissenschaftsdiplomatie» ein Sammelbegriff geworden ist.

Zu einem gewissen Grad ist dies unvermeidlich. Als Schnittstellenkonzept hat die

Wissenschaftsdiplomatie ein Abgrenzungsproblem. Dies ist aber nicht problematisch, da der Begriff durch seine Dehnbarkeit eine produktive Spannung erhält. Diese Spannung, inhärent und unlösbar, ist zweifacher Art: Erstens ist die Wissenschaft ein globales Unterfangen, das durch die Produktion von verbindlichem Wissen legitimiert ist. Die Politik hingegen ist lokal gebunden und hängt von der Volkssouveränität ab. Zweitens steht die Wissenschaftsdiplomatie im Spannungsfeld zwischen Zusammenarbeit

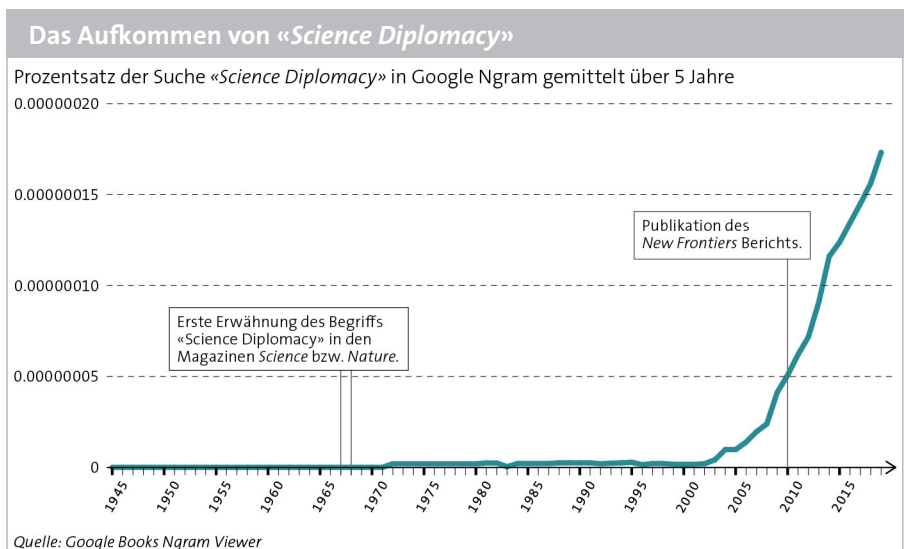
und Wettbewerb. Ihr Grundprinzip scheint daher paradox: Sie wird eingesetzt, um gemeinsam globale Probleme anzugehen und nationale Interessen voranzutreiben.

Obwohl der Begriff in den 1960ern auftauchte, wurde die «Wissenschaftsdiplomatie» im frühen 21. Jahrhundert von amerikanischen und britischen Fachleuten geprägt. Diese propagierten die Wissenschaftsdiplomatie als staatszentriertes, heuristisches Instrument mit dem Argument, dass sie IB verändern könne. Da die Wissenschaft ein globales, ideologiefreies Unterfangen sei, könne sie Brücken bauen, um IB zu öffnen, zu stabilisieren und zu verbessern, und so die Koalitionsbildung und Konfliktlösung unterstützen. Sie könne daher bilaterale Beziehungen verbessern und multilaterale Anstrengungen unterstützen, um gemeinsame Probleme, etwa den Klimawandel, anzugehen. Internationale wissenschaftliche Kooperationen produzierten zudem nicht nur nützliches Wissen, sondern hätten auch positive Nebeneffekte wie gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

Diese Argumente bestimmten weitgehend den öffentlichen Diskurs zur Wissenschaftsdiplomatie, gelten jedoch auch als idealistisch. Akteure setzen die Wissenschaftsdiplomatie regelmässig für ihre eigenen Interessen ein, ohne Vertrauen oder den wissenschaftlichen Austausch zu fördern. 2021 brach die Schweiz ihre Verhandlungen mit der EU über ein neues Rahmenabkommen ab. In der Folge wurde die Schweiz von *Horizon Europe*, einem EU-Forschungsfond dotiert mit 95,5 Milliarden EUR, ausgeschlossen. Angesichts der disparaten Natur der Wissenschaftsdiplomatie scheint es ratsam, sie als eine inspirierte Form der Rivalität und Interdependenz zu betrachten.

Ursprünge

Wissenschaft, Technologie und internationale Politik sind seit der Antike miteinander verflochten, jedoch entstand die moderne Praxis der Wissenschaftsdiplomatie erst in Folge des Zweiten Weltkriegs. Im Geiste der Versöhnung wurden grosse Forschungsinfrastrukturen eingerichtet, darunter das CERN (1954) und die Europäische Südsternwarte (1962), die WissenschaftlerInnen und DiplomatenInnen mit unterschiedlichem Hintergrund um ein gemeinsames, friedliches Unternehmen mit langfristigen Verpflichtungen vereinten. Die Wissenschaftsdiplomatie diente auch der Stabilisierung der Beziehungen ausserhalb staatlicher Hoheitsgebiete. Der Antarktis-Vertrag (1959) setzte die friedliche Nutzung des Polargebiets fest, indem er alle



territorialen Ansprüche aussetzte, die Ausbeutung von Rohstoffen verbot und die Forschung förderte. Es war das erste multilaterale Abkommen, das alle Aspekte eines internationalen Raumes regelte, und wurde zur Blaupause für Nichtrüstungsverträge für das Weltall (1968) und die Tiefsee (1972).

Auf bilateraler Ebene spielte die Wissenschaftsdiplomatie eine unauffälligere Rolle, indem sie Spannungen abbaute. Zur Förderung der Versöhnung und der Demokratisierung finanzierten die USA kulturelle und wissenschaftlichen Austauschprogramme mit der Bundesrepublik Deutschland und Japan. 1961 wurde ein amerikanisch-japanischer Ausschuss für wissenschaftliche Zusammenarbeit gegründet, um den «gebrochenen Dialog» zwischen den Wissenschaftsgemeinschaften wiederherzustellen. Die Wissenschaftsdiplomatie wurde auch von WissenschaftlerInnen selbst eingesetzt. Das berühmteste Beispiel ist die *Pugwash*-Bewegung, die von Bertrand Russell und Albert Einstein in den 1950ern ins Leben gerufen und von gewissenhaften Wissenschaftlern auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs vorangetrieben wurde, um die Gefahren von Atomwaffen abzuwenden.

Während der Entspannungsphase diente die Wissenschaftsdiplomatie ausdrücklich als aussenpolitisches Instrument. Nach dem historischen Besuch von US-Präsident Richard Nixon in China in Februar 1972 wurde das Shanghai-Kommuniqué unterzeichnet und etablierte die W+T als neuen Kooperationsbereich. Beim Moskauer Gipfel wenige Monate später unterzeichneten Nixon und der sowjetische Generalsekretär

Leonid Breschnew neben den Rüstungskontrollabkommen auch eine Reihe von wissenschaftlichen Kooperationsverträgen – ein Novum. 1979 formalisierten die USA und China ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit mit einem Abkommen. Diese Beispiele werden in der Geschichte der Wissenschaftsdiplomatie oft genannt, um den positiven Einfluss der Wissenschaft auf die IB zu illustrieren.

Nach dem Fall der Sowjetunion gewann die Wissenschaftsdiplomatie neue Konnotationen. Da die Wissenschaft als universelle Sprache galt, die das interkulturelle Verständnis fördert, war die Wissenschaftsdiplomatie ideal, um die globale Konvergenz hin zur liberalen Demokratie und einer freien Marktwirtschaft voranzutreiben. Makrotrends wie das wachsende Bewusstsein für globale Herausforderungen, die Auswirkungen neuer Technologien und die Verlagerung von der staatszentrierten zur Multi-Stakeholder-Diplomatie verknüpften die Wissenschaftsdiplomatie mit der Rhetorik und Logik des kollektiven Handelns. Die Wissenschaftsdiplomatie, wie sie etwa vom Weltklimarat betrieben wurde, könnte wissenschaftliche Erkenntnisse mit politischen Überlegungen in Einklang zu bringen, um gemeinsame Herausforderungen zu lösen. Gleichzeitig intensivierte sich angesichts der rasanten Globalisierung der Wettbewerb um W+T-Fachkräfte, Kapital und Prestige, was sich zunehmend in der staatlichen Politik niederschlug.

Der Wendepunkt

Die Wissenschaftsdiplomatie als Konzept entstand im Zuge der US-geführten

Invasion des Irak 2003. Umfragen Mitte der Nullerjahre ergaben, dass die allgemeine Wahrnehmung der USA zwar einen Tiefpunkt erreicht hatte, die W+T-Kompetenzen der USA aber breit bewundert wurden, sogar in Ländern mit muslimischer Bevölkerung. WissenschaftlerInnen und politische BeraterInnen erkannten dieses Potenzial und riefen eine neue Ära in der Wissenschaftsdiplomatie aus – W+T sollte eine Priorität in der US-Aussenpolitik werden. In den späten Nullerjahren war die «Wissenschaftsdiplomatie» unter politischen EntscheidungsträgerInnen, einschliesslich der wissenschaftlichen Beraterin der US-Aussenministerin und wissenschaftliche Einrichtungen wie dem *National Science Board* und der AAAS verbreitet. 2009 hielt US-Präsident Barack Obama eine Rede in Kairo, in der er einen «Neuanfang» in den Beziehungen zwischen den USA und den muslimischen Ländern ankündigte, bei dem W+T-Initiativen wie das *Science Envoy Program* eine Schlüsselrolle spielten.

2010 veröffentlichten die AAAS und die *Royal Society* in London einen gemeinsamen Bericht, der als Leitfaden gilt. Sein anhaltender Einfluss beruht im Wesentlichen auf einer dreigeteilten Definition: «Wissenschaft in der Diplomatie» bezieht sich auf die Einbeziehung wissenschaftlicher Beratung in die Aussenpolitik, «Diplomatie für die Wissenschaft» bezeichnet die Rolle der Diplomatie bei der Erleichterung internationaler wissenschaftlicher Kooperationen, und «Wissenschaft für die Diplomatie» bezieht sich auf die Nutzung dieser Kooperationen für verbesserte IB. Diese Definition ist zwar praktisch, steht aber in der Kritik, weil wissenschaftsdiplomatische Aktivitäten oft alle drei Dimensionen umfassen. Der Hauptbeitrag des Berichts war, die Wissenschaftsdiplomatie sowohl als Plattform für die Lösung gemeinsamer Probleme als auch als Mittel zur Umsetzung der *Soft Power* der Wissenschaft in politische Ziele zu konzipieren.

Parallel dazu erkundeten andere Staaten die Rolle von W+T in ihrer Aussenpolitik. 2008 gab der oberste Wissenschaftsrat Japans Richtlinien heraus, die den W+T-Bereich als diplomatische Ressource und *Soft Power*-Instrument beschrieb. In den 2010er-Jahren wurde die Wissenschaftsdiplomatie sowohl als Begriff wie auch als Konzept in die Aussenpolitik verschiedener Staaten integriert (USA 2012, Frankreich 2013, Europäische Kommission 2014) und ging in die öffentliche Diskussion ein, was zu zahlreichen Definitionen und Modellen führte.

Alternative Modelle

Zwei alternative Modelle sind erwähnenswert. 2017 verfassten vier führende Wissenschaftsberater aus Japan, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den USA einen gemeinsamen Artikel, der die Wissenschaftsdiplomatie als staatliche Aktivität auffasste, die direkt oder indirekt die Förderung nationaler Interessen verfolgt. Sie schlugen eine alternative Formulierung der Wissenschaftsdiplomatie vor: Aktivitäten, die die Interessen eines Staats mittels *Soft Power* oder die Stärkung seiner W+T-Kapazitäten fördert; Aktivitäten, die grenzübergreifende Probleme mittels wissenschaftlicher Beratung, Dienstleistungen und Organisationen zur Verwaltung von Ökosystemen oder Krisensituationen angehen; und Aktivitäten, die sich mit globalen Herausforderungen befassen. Dem Modell wird zugeschrieben, die Logik des zwischenstaatlichen Wettbewerbs ins Zentrum gestellt zu haben.

Ein zweites Modell, das von den Politikwissenschaftlern Tim Flink und Ulrich Schreiterer 2010 entwickelt wurde, unterscheidet die Aktivitäten der Wissenschaftsdiplomatie nach drei Zielen. Das erste Ziel ist, den Zugang zu wissenschaftlichen Ressourcen (Fachkräfte, Wissen, Forschungseinrichtungen, natürliche Ressourcen, Kapital, usw.) zu sichern, um die nationalen W+T-Kapazitäten zu stärken, Innovationen voranzutreiben und den interkulturellen Austausch zu fördern. Das zweite Ziel ist, die eigenen W+T-Kapazitäten auf dem Weltmarkt zu vermarkten, um wissenschaftliche Ressourcen, kommerzielle Investitionen und internationales Ansehen zu fördern. Das dritte Ziel ist, die W+T-Kapazitäten als *Soft Power* zu nutzen, um öffentliche Debatten und politische Ergebnisse zu beeinflussen. Der Vorteil dieses Modells ist, dass es nicht staatenzentriert ist und übergreifende Strategien sichtbar macht.

Gemeinsame Herausforderungen

Die Wissenschaftsdiplomatie wurde und wird in Situationen eingesetzt, in denen gemeinsame Herausforderungen im Kollektiv angegangen werden müssen, um Risiken zu bewältigen und Vorteile zu teilen. Als globales Unterfangen liefern wissenschaftliche Erkenntnisse, Prozesse und Ziele eine gemeinsame Grundlage wie auch Lösungen, die die Politik aus ihrem lokalen Kontext und Wettbewerbsdenken befreien.

Seit der Gründung des CERN sind *Big Science*-Projekte weiterhin eine wirksame Form der Wissenschaftsdiplomatie geblieben und inspirierten Projekte wie das

Schweizer Wissenschaftsdiplomatie

Die W+T-Leistung gilt in der Schweiz als zentral für die nationale Sicherheit, den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit. Obwohl die Schweiz dies nicht so bezeichnet, praktiziert sie seit Langem Wissenschaftsdiplomatie mit dem Ziel, wissenschaftliche Investitionen anzuziehen. In diesem Sinn war die Gründung des CERN auf schweizerisch-französischem Boden eine bedeutende diplomatische Errungenschaft. Die Swissnex-Initiative signalisiert eine grössere Bereitschaft, schweizerische W+T-Kapazitäten im Ausland zu propagieren. Ab den 2010er-Jahren wurden die wissenschaftsdiplomatischen Aktivitäten zunehmend als solche benannt, was in konkreten politischen Massnahmen gipfelte, zum Beispiel der Gründung des *Geneva Science and Diplomacy Anticipator* (GESDA) 2019 und der Ernennung einer Sondervertretung für Wissenschaftsdiplomatie 2021. Die Wissenschaftsdiplomatie ist nun Teil verschiedener Strategien, darunter der maritimen Strategie (2023), was nahelegt, dass die Schweiz zunehmend willens ist, ihr W+T-Kapital einzusetzen.

Synchrotron SESAME (2017). *Big Science* bietet zwei Vorteile: Erstens lenkt sie wissenschaftliche und politische Bestrebungen auf ein gemeinsames Ziel, das im Alleingang zu komplex und teuer wäre. Zweitens stellt sie sicher, dass die Erforschung eines strategisch sensiblen Fachgebiets rein wissenschaftliche Ziele verfolgt und unter internationaler Beobachtung bleibt. Aus *Big Science* können jedoch auch Spannungen entstehen. In Reaktion auf den Ausschluss aus verschiedenen internationalen Kooperationen drohte Russland, sich bis 2024 aus der internationalen Raumstation (ISS) zurückzuziehen, kündigte aber später an, seine Unterstützung bis 2028 zu verlängern.

Die Wissenschaftsdiplomatie spielt ebenfalls eine wichtige Rolle in der globalen Governance, die versucht, wissenschaftliche Ziele, Kooperationen und Verwaltungsstrukturen in die Regulierung von internationalen Räumen einzubringen. Dazu gehören die Polarregionen (Arktischer Rat), die Tief- und Hochsee (UN-Seerechtsübereinkommen), der Weltraum (Weltraumvertrag, ISS) sowie der Cyberraum (Budapest-Konvention). Die Annahme ist, dass die Wissenschaftsdiplomatie die Unsicherheit zwischen den Staaten, die im internationalen Räumen zusammenarbeiten, verringern kann, indem sie eine alternative Plattform und ein Ziel bietet, das die gleichberechtigte und friedliche Nutzung eines globalen

Weiterführende Literatur

Royal Society, «*New Frontiers in Science Diplomacy: Navigating the Changing Balance of Power*», *RS Policy Document*, 1:10 (2010).

P.D. Gluckman et al., «*Science Diplomacy: A Pragmatic Perspective from the Inside*», *Science & Diplomacy*, 6:4 (2017).

Tim Flink / Ulrich Schreiterer, «*Science Diplomacy at the Intersection of S&T Policies and Foreign Affairs: Toward a Typology of National Approaches*», *Science and Public Policy*, 37:9 (2012), pp. 665–677.

Gemeinguts gewährleistet. Doch diese Art der Wissenschaftsdiplomatie steht vor Herausforderungen. Mit dem Schmelzen des arktischen Eises eröffnen sich neue Handelsrouten und der Zugang zu natürlichen Ressourcen, sodass Polarmächte wie China, Russland und die USA die Arktis neu als Militär- und Wirtschaftszone betrachten.

Die Wissenschaftsdiplomatie kann auch als kollektiver Handlungsmechanismus genutzt werden, um grenzübergreifende Probleme zu lösen, die sich auf das Gemeingut auswirken. Die Annahme hier ist, dass ein hoher Anreiz zur Zusammenarbeit besteht, da etwa die Luftverschmutzung oder das Absinken des Grundwassers die regionalen Akteure in gleichem Masse betreffen. In den 1960ern war der saure Regen eine Sorge in Europa, die 1979 zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung führte, das die Emissionen erfolgreich eindämmte. Ähnlichen Vorstößen ist der Erfolg nicht garantiert. In den 1990ern scheiterten Bemühungen in Ostasien, die grenzübergreifende Luftverschmutzung zu reduzieren, weil chinesische WissenschaftlerInnen sich weigerten, japanische und südkoreanische Studien zu akzeptieren, die China als Hauptverschmutzer der Region bezeichneten. Der politische Wille, wissenschaftliche Lösungen umzusetzen, bleibt also ein zentraler Faktor in der Wissenschaftsdiplomatie.

Nationale Interessen

Die Anwendung der Wissenschaftsdiplomatie zur Förderung nationaler Interessen

unterscheidet sich nach den Zielen und Restriktionen eines Landes, und variiert daher erheblich. Das gemeinsame Ziel der wissenschaftsdiplomatischen Aktivitäten ist es, einen relativen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Staaten in Bezug auf Spitzenforschung, technologische Innovation und Wirtschaftszeitung zu erlangen und gleichzeitig den individuellen und institutionellen Austausch zu vertiefen, um Verständnis und Vertrauen zu stärken.

Die Förderung wie auch die Begrenzung internationaler wissenschaftlicher Kooperationen bleiben eine zentrale Funktion der Wissenschaftsdiplomatie. Da der Austausch von Ideen und Fachkräften der Wissenschaft zugutekommt ermutigen Staaten solche Kooperationen mit finanzieller und diplomatischer Unterstützung in Form von Mobilitätsprogrammen wie Erasmus+ oder durch erleichterte Visabestimmungen sowie durch Finanzierungsmechanismen. Die staatliche Mitwirkung hat jedoch zwei Seiten. 2011 verbot der US-Kongress der NASA und MondforscherInnen die Zusammenarbeit mit China oder chinesischen Unternehmen aufgrund von Menschenrechts- und Sicherheitsbedenken. Die Nichtübertragung von Wissen und Technologien ist ein zentrales staatliches Anliegen, das in der öffentlichen Diskussion über die Wissenschaftsdiplomatie oft ausgeklammert wird.

Seit der Nachkriegszeit bauen Staaten wissenschaftsdiplomatische Netzwerke auf. Diese Strategie umfasst zahlreiche Vorgehensweisen, etwa die Besetzung diplomatischer Spitzenränge mit WissenschaftlerInnen, die Entsendung wissenschaftlicher Attachés in wichtige Botschaften und die Schaffung von Wissenschafts- und Innovationszentren. Zu den Zielen gehören die Beobachtung von W+T-Entwicklungen in fremden Staaten, Förderung für die nationalen W+T-Kapazitäten im Ausland sowie die Erleichterung internationaler wissenschaftlicher Kooperationen. Zu den Pionieren der Wissenschafts- und Innovationszentren gehören Swissnex aus der Schweiz und das britische *Science and Innovation Network*, die beide 2000 initiiert wurden, und Inspirationsquelle für ähnliche Strategien in Dänemark (2006) und Deutschland (2009) waren. In den 2010er-Jahren

begannen DiplomatInnen, emigrierte WissenschaftlerInnen als Teil eines organischen Netzwerks zu sehen, das zur Verstärkung der Wissenschaftsdiplomatie genutzt werden konnte. Obwohl einzelne WissenschaftlerInnen seit Jahrzehnten für diplomatische Aufgaben herangezogen wurden, lehnten viele WissenschaftlerInnen die offene Politisierung ihrer Arbeit ab.

Die endlose Grenze

Die Wissenschaftsdiplomatie umfasst zahlreiche Bedeutungen und Aktivitäten, die durch ein dynamisches Geflecht von wissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Prinzipien geformt werden, die ihrerseits vom Kontext und von den Akteuren abhängen. Daher ist die Wissenschaftsdiplomatie ein breites und unscharfes Konzept. Diese Ambiguität macht sie aber auch attraktiv, da sie hilft, die inhärenten Spannungen zwischen dem Umgang mit gemeinsamen Herausforderungen und der Förderung nationaler Interessen zu navigieren. Das Erkennen der Notwendigkeit zur Zusammenarbeit und des Drangs zum Wettbewerb hilft, beide Erfordernisse zu relativieren und zu beurteilen, was politisch machbar und wünschenswert ist. Im Kontext zunehmender geopolitischer Spannungen wird es für BefürworterInnen und Praktizierende der Wissenschaftsdiplomatie wichtig, sich mit den Grenzen dieser Disziplin auseinanderzusetzen, indem man sich mit den Folgen der Politisierung der Wissenschaft und mit dem Widerstand seitens der WissenschaftlerInnen befasst. In der Hoffnung auf eine Stabilisierung der internationalen Beziehungen und eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens werden zugleich die Förderung des Dialogs, die Bekämpfung gemeinsamer Probleme und die Förderung des Austauschs zur Wissenserweiterung Schlüsselfunktionen der Wissenschaftsdiplomatie bleiben.

Für mehr zu Perspektiven Euro-Atlantischer Sicherheit, siehe [CSS Themenseite](#).

Leo Eigner ist Senior Researcher im Team Schweizer und Euro-Atlantischer Sicherheit am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die **CSS Analysen zur Sicherheitspolitik** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch.

Herausgeberin: Névine Schepers
Lektorat: Leo Eigner, Julian Kamasa
Layout: Rosa Guggenheim

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Brennpunkt Balkan: Serbien und Kosovo Nr. 325
Die NATO und Artikel 5 im Cyberraum Nr. 324
Griff nach den Sternen: Chinas Weltraumambitionen Nr. 323
Die Vereinten Nationen und die Terrorismusbekämpfung Nr. 322
B-Waffen-Verbot und Wissenschaftsfortschritt Nr. 321
Autonome Waffen: Technologie ausser Kontrolle Nr. 320

© 2023 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000619717